

**ÖSTERREICHISCHES INSTITUT
FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**

„Vorträge und Aufsätze“

Heft 1

Hauptprobleme der österreichischen Wirtschaftspolitik

von

Dr. Franz Nemschak

Leiter des österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung

Wien 1947

**Im Selbstverlage des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung
Wien, I., Wipplingerstraße 34**

ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

KURATORIUM:

EDUARD HEINL

VORSITZENDER

KARL MANTLER

STELLV. VORSITZENDER

HANS MAYER

STELLV. VORSITZENDER

FRANZ BARTSCH, RUDOLF BEHAL, JOSEF BERGMANN, FERDINAND DEGENFELD-SCHONBURG, JOSEF DOBRETSBERGER, FRANZ DÜRFEL, FRITZ ERSCHEN, L. C. FRIEDLÄNDER, OTTO FRIEDLÄNDER, LOTHAR FRÖHLICH, HANNES GESSELE, FRANZ GRÜNSEIS, OTTO GRUSS, KARL HABICH, JOSEF HAMMERL, ASSENE HARTENAU, KARL HONAY, FRITZ HUMMEL, UDO ILLIG, JOSEF JOHAM, ROBERT ERNST KAAAN, RICHARD KATZIANISCHITSCH, VICTOR KIENBUCK, MARTIN KINK, WILHELM KLAUBER, FRIEDRICH KLEEMANN, KARL KÜLLIKER, ANDREAS KORP, REINHARD KÖVARY, PETER KRAULAND, KARL KRISCH, FRANZ LANDERTS-HAMMER, HANS LAUDA, RUDOLF LEOPOLD, EUGEN MARGARETHA, ING. MATSCH-NIG, FRITZ MATZNER, EWALD MAYER, RUDOLF MAYER, MAX MITIC, RUDOLF PHILIPP, R. PLATZER, ANTON PROKSCH, JULIUS RAAB, ROBERT RAPATZ, FRANZ RAUSCHER, WILHELM RAUSCHER, ALEXANDER REICHMANN, RUDOLF REISET-BAUER, KARL RENNER, HANS RIZZI, FRANZ ROTTENBERG, PAUL STADELMANN, ANTON STEDEN, STANISLAUS STEGU, F. L. STOCKERT, Z. K. STRASSER, EDUARD STRAUSS, LUDWIG STROBL, WILHELM TAUCHER, OBERST TEUBER, ALEXANDER TOLDT, ANDREAS VUKOVICH, GUSTAV WARMER, ANTON WIDMANN, HEINRICH WILDNER, WILHELM WINKLER, STEFAN WIRLANDNER, JOHANN ZAGORSKI, HERMANN ZEISSL

LEITER DES INSIITUTES

FRANZ NEMSCHAK

ERNST JOHN

In seiner neuen Schriftenreihe „Vorträge und Aufsätze“ gibt das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung seinen Mitarbeitern Gelegenheit, zu aktuellen wirtschaftspolitischen und wirtschaftstheoretischen Fragen Stellung zu nehmen. Die in zwangloser Folge erscheinenden Hefte sollen neben den Monatsberichten und den Sonderheften des Instituts zum Verständnis der gegenwärtigen Wirtschaftsproblematik beitragen.

Für den Inhalt der gezeichneten Arbeiten tragen die Verfasser die Verantwortung.

Gliederung

	Seite
Hauptprobleme der österreichischen Wirtschaftspolitik mit besonderer Berücksichtigung der Preis- und Lohnfrage	3
Steigerung der Produktion — oberstes Ziel der Wirtschaftspolitik . . .	3
Die realen Voraussetzungen der Produktionssteigerung	4
Die schwere Last der Besetzung überschattet die Hilfe der alliierten Mächte	5
Hoffnungsvolle Zeichen für die Zukunft	6
Mobilisierung der eigenen Hilfsquellen und planmäßige Wirtschaftslenkung	7
Die Preis-, Lohn- und Währungsproblematik	8
Das Mißverhältnis zwischen Geld- und Güterseite	9
Die bisherige Entwicklung der Preise, Löhne und Lebenshaltungskosten	9
Weitestgehend veränderte Kostenstruktur	11
Gegenwärtig zweite bzw. dritte Welle der Preis- und Lohn-erhöhungen	12
Überhöhte Importpreise — Abschöpfung ungerechtfertigter Exportgewinne durch eine Ausgleichskasse	13
Die Preispolitik vor der Notwendigkeit, zwischen zwei Übeln das kleinere zu wählen	15
Das Konzept einer freieren Preispolitik	16
Ernste Bedenken gegen eine freiere Preispolitik	17
Der Weg einer möglichen Hemmung der Preis- und Lohnbewegung	20
Ergänzung der bisherigen Richtlinien für die Preisbildung	21
Systemlosigkeit der bisherigen Preis- und Lohnerhöhungen	22
Änderungsbedürftigkeit der Konstitution der österreichischen Wirtschaft	23
Die schicksalhafte Bedeutung des Außenhandels	24
Staatsapparat und Wirtschaftslenkung	28
Die Bestimmung Österreichs im Herzen Europas	29

Hauptprobleme der österreichischen Wirtschaftspolitik

mit besonderer Berücksichtigung der Preis- und Lohnfrage

von

Dr. Franz Nemschak

Vortrag, gehalten vor der Vollversammlung der *Vereinigung Österreichischer Industrieller* am 12. Jänner 1947 in Wien

Steigerung der Produktion — oberstes Ziel der Wirtschaftspolitik

Das Grundproblem unserer Wirtschaftspolitik ist gegenwärtig die Steigerung der Produktion. Während in den Wirtschaftskrisen der vergangenen Jahrzehnte, insbesondere in der großen Weltwirtschaftskrise der Dreißigerjahre, das Problem der relativen Überproduktion und der Verteilung im Mittelpunkt der wirtschaftstheoretischen und wirtschaftspolitischen Erörterung stand, beschäftigt uns heute die elementare Tatsache, daß unsere Wirtschaft zur Zeit nicht in der Lage ist, die Bevölkerung auch nur mit den lebensnotwendigsten Gütern zu versorgen. Mit dieser Feststellung soll keineswegs die Lebensfähigkeit unseres Landes in Frage gestellt werden. Es besteht kein Zweifel, daß ein unabhängiges Österreich dank der Tüchtigkeit und des Fleißes seiner Menschen und bei Ausnützung seiner natürlichen Hilfsquellen sowie bei Führung einer Außenhandelspolitik, die sich nach den Lebensbedürfnissen unseres Landes orientiert, in hohem Maße lebensfähig ist und alle Voraussetzungen besitzt, ein blühendes nationales Gemeinwesen im Bunde der Vereinten Nationen zu werden. Die Chancen, die Österreich für die Zukunft besitzt, ändern aber nichts an der Tatsache, daß gegenwärtig die Produktionsfähigkeit und die Produktivität unserer Wirtschaft auf einem außerordentlichen Tiefstand halten.

Gewiß ist es gefährlich und unter Umständen abwegig, das in seinen Verästelungen, Wechsel- und Fernwirkungen schwer übersehbare wirtschaftliche Leben in einigen wenigen gedanklichen Konstruktionen erfass-

sen zu wollen. Auf der anderen Seite besteht angesichts der Fülle der Probleme und der dringenden Aufgaben, die täglich an uns herantreten und von uns Entscheidungen verlangen, das Bedürfnis, sich das für die Gesamtwirtschaft und in weiterer Folge auch für das Gedeihen der Einzelwirtschaften Wesentliche und Grundsätzliche in einprägsamer Form klar zu machen. Ich bin mir bewußt, daß die wirtschaftspolitische Forderung nach einer Steigerung der Produktion noch nicht die ganze Problematik unseres heutigen Wirtschaftslebens umfaßt. Dennoch glaube ich, daß dieses Ziel der rote Faden für unsere Wirtschaftspolitik sein muß, der nicht nur am ehesten zum Verständnis der vorhandenen Schwierigkeiten hinführt, sondern auch den einzigen realen Ausweg aus dem bestehenden wirtschaftlichen Notzustand zeigt. Denn nur in dem Maße, als es uns gelingt, die Ergiebigkeit unserer Wirtschaft zu erhöhen und wieder mehr Güter zu erzeugen, wird es möglich sein, das Realeinkommen und den Lebensstandard der Bevölkerung wiederum auf ein lebenswürdiges Niveau zu heben. Viele Probleme, die heute fast unüberwindbare Schwierigkeiten bieten, wie etwa Bewirtschaftung und Preiskontrolle, werden sich dann allmählich von selbst erledigen und andere wirtschaftspolitische Aufgaben, wie die Sicherung unserer Währungs- und Geldverhältnisse, können erst auf der Grundlage einer funktionsfähigen und leistungsfähigen Wirtschaft einer endgültigen Lösung zugeführt werden.

Die realen Voraussetzungen der Produktionssteigerung

Was sind nun die *Voraussetzungen* der notwendigen Produktionssteigerung?

Zunächst offenbar eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit *Nahrungsmitteln* und den notwendigsten Bedarfsgegenständen, damit die Reproduktion der Arbeitskraft der Menschen gewährleistet ist. Denn nur dann, wenn die Menschen genug zu essen haben, können sie auch arbeiten. Erst wenn die Menschen nicht mehr genötigt sein werden, auf ständiger Nahrungssuche zu sein, um sich am Leben zu erhalten, kann von ihnen die für einen kontinuierlichen Produktionsprozeß erforderliche Arbeitsdisziplin und die für eine Leistungssteigerung notwendige Arbeitsfähigkeit und Arbeitsfreudigkeit erwartet werden.

Eine weitere reale Bedingung für die Ausweitung der Produktion ist das Vorhandensein der für die Erzeugung und für die Abwicklung des Verkehrs notwendigen *Energie*, insbesondere von *Kohle* und *elektrischem Strom*. Was die Energie für die moderne Produktion und darüber hinaus für unser gesamtes gesellschaftliches Leben bedeutet, haben wir niemals stärker erlebt als in diesem Krisenwinter, dessen Tal wir eben durchschreiten.

Zur Wiederbelebung und Steigerung der Produktion gehören neben den Energiestoffen aber auch die erforderlichen *Roh- und Hilfsstoffe* und *technischen Produktionsmittel* wie Maschinen, Ersatzteile von

Maschinen, die zumindest zur Zeit größtenteils noch nicht aus der heimischen Wirtschaft bereitgestellt werden können.

Durch die Verheerungen des Krieges, vor allem durch die gesteigerten täglichen Bombardements unserer wichtigsten Industrie- und Verkehrszentren in den letzten Monaten vor Beendigung des Krieges und nicht zuletzt durch die schweren Einbußen nach Kriegsende ist unsere Wirtschaft in ihrer Substanz schwerstens angegriffen worden. Wir haben in den vergangenen 20 Monaten buchstäblich von der Hand in den Mund gelebt. Die für die Ernährung unseres Volkes verantwortlichen Männer waren trotz größter Bemühungen nicht in der Lage, auch nur für eine einzige Versorgungsperiode, oft auch nur für wenige Tage, Nahrungsmittelvorräte anzulegen.

Nicht weniger verzweifelt ist unsere Energieversorgungslage. Die infolge der geringen Wasserführung der Flüsse auf einen kleinen Bruchteil ihrer Kapazität gesunkene Leistungsfähigkeit unserer Wasserkraftwerke und das Ausbleiben von einigen Kohlenzügen hat bereits vor Einbruch der kalten Jahreszeit, im Oktober v. J. eine akute Strom- und Kohlenkrise heraufbeschworen und zu einer weitgehenden Einschränkung des Verkehrs und zu einer Lähmung der Produktion geführt. Bekanntlich hat sich die Energiekrise seit Wochen zu einer ausgesprochenen Katastrophe vertieft. Auch die rigorosesten Einschränkungen und Entbehrungen der Bevölkerung im persönlichen Verbrauch können den weitgehenden Stillstand unserer Produktion und unseres Verkehrs nicht verhindern.

Wir bewegen uns heute in einem fatalen Kreislauf: ohne Kohle und Strom und ohne ausreichende Ernährung und Versorgung der arbeitenden Menschen mit den lebensnotwendigsten Gütern gibt es keine Eisen-erzeugung und keine befriedigende Holzaufbringung, und ohne diese Grundvoraussetzungen können die weiterverarbeitenden und Finalindustrien nicht anlaufen und können wir keine Exportgüter zur Bezahlung der lebensnotwendigen Einfuhren bereitstellen. Diesen verhängnisvollen Kreislauf können wir nur sprengen, wenn uns durch die Gewährung von Auslandskrediten eine Atempause, die notwendige Zeit und Kraft zur Ankurbelung unserer Wirtschaft gewährt wird.

Die schwere Last der Besetzung überschattet die Hilfe der alliierten Mächte

Das österreichische Volk ist den alliierten Mächten zu größtem Dank verpflichtet. Es dankt ihnen vor allem die Wiederherstellung eines selbständigen österreichischen Staates. Ohne die tatkräftige Unterstützung der alliierten Mächte wären große Teile des österreichischen Volkes dem Hungertode preisgegeben gewesen. Darüber hinaus haben die alliierten Mächte in verschiedenen Formen wertvolle Beiträge für den Wiederaufbau unseres Landes geleistet.

Auf der anderen Seite hat die Besetzung unseres Landes durch die vier Großmächte den Wiederaufbau unserer Wirtschaft schwerstens beeinträchtigt. Den großen Leistungen der alliierten Mächte für die Wiedererhebung unseres Landes standen Besatzungskosten gegenüber von einer exorbitanten, alle bestehenden Preisrelationen sprengenden Höhe. Allein die nach dem Schillinggesetz im abgelaufenen Jahr 1946 unter dem Titel der Besatzungskosten ausgegebenen Beträge belaufen sich auf nicht weniger als 2·7 Mrd. Schilling, das heißt sie sind rund dreimal größer als der Notenumlauf im Jahre 1937. Die Aufrihtung von Demarkationslinien, die Teile unseres kleinen Landes völlig unorganisch und lange Zeit hindurch fast hermetisch von- und gegeneinander abschlossen, führten zu einer sinnwidrigen und wirtschaftsfeindlichen Herausbildung weitgehend autonomer wirtschaftlicher Einheiten, mit eigener Bewirtschaftungs- und Preispolitik, mit eigenem Außenhandel und eigenständiger Produktionsplanung. Durch das Kontrollabkommen vom 28. Juni 1946 wurde die Zerteilung unseres Landes in Zonen wohl gemildert, aber nicht endgültig beseitigt.

Die Ausübung der Souveränitätsrechte in unserem staatsrechtlich noch immer nicht fundierten Lande durch die vier Großmächte, in deren Entscheidungen auch über ausschließlich innerösterreichische Angelegenheiten sich getreulich die weltpolitischen Spannungen der ersten Nachkriegszeit spiegelten, und die Reduzierung der Hoheitsrechte der in freien demokratischen Wahlen berufenen österreichischen Regierung auf bloße exekutive Befugnisse, waren bisher einer gedeihlichen Wirtschaftsentwicklung ebenso hinderlich wie die Ungeklärtheit in der Auslegung der Potsdamer Beschlüsse im Hinblick auf das deutsche Eigentum in Österreich. Der politische und staatsrechtliche Schwebezustand hemmte unvermeidlich die wirtschaftliche Initiative und einen planmäßigen Wiederaufbau. Dazu kommt, daß erhebliche Teile des nationalen Vermögens und Einkommens zur Zeit nicht für die Überwindung der Lebensnot des eigenen Volkes zur Verfügung stehen und daß durch Eingriffe höherer Gewalten immer wieder der unter ungeheuren Schwierigkeiten mühsam anlaufende Produktionsprozeß gestört wird.

Hoffnungsvolle Zeichen für die Zukunft

So sehr wir auch, rückschauend, von vielem enttäuscht sein mögen, was in den vergangenen 20 Monaten geschehen und nicht geschehen ist, und so schwer wir augenblicklich auch unter der täglichen Lebensnot leiden, die durch die Strenge dieses Winters noch verschärft wird, so können wir an der Schwelle des neuen Jahres doch auch hoffnungsvolle Zeichen für die Zukunft unseres Landes und unserer Wirtschaft erblicken. Die politische Entspannung und die zunehmende Bereitschaft zu einvernehmlichen Lösungen unter den führenden Weltmächten werden, so hoffen wir, auch für unser kleines Land günstige Auswirkungen bringen. Der

Staatsvertrag, den wir seit Jahr und Tag ersehnen, wird in absehbarer Zeit von den Hohen Mächten beraten und beschlossen werden. Die Last der Besatzung ist heute schon auf ein Ausmaß vermindert worden, das eine Ordnung unserer Währungsverhältnisse nicht mehr völlig ausschließt.

Was uns hier aber vor allem im Hinblick auf die angestrebte Produktionssteigerung interessiert, ist das Faktum, daß die alliierten Mächte Österreich offenbar die für den Wiederaufbau seiner Wirtschaft unbedingt notwendigen Kredite zu geben bereit sind, und zwar, wie es scheint, in einer Höhe, die groß genug ist, um auch *produktive* Wirkungen auszulösen. Darauf aber kommt es entscheidend an, wenn wir aus dem Zustand des Vegetierens in den Zustand des Produzierens gelangen wollen. Die Hilfeleistungen, die Österreich in den vergangenen 20 Monaten an Nahrungsmitteln, Kohle, Rohstoffen und Produktionsmitteln erhielt, reichten gerade nur aus, um in Österreich eine furchtbare Hungerkatastrophe hintanzuhalten und einen völligen Zusammenbruch der Wirtschaft zu vermeiden*) Im ganzen ermöglichte uns diese Hilfe aber doch nur ein kümmerliches Vegetieren. Bei einer Ernährungsbasis von 1200 oder auch von 1550 Kalorien zehren die Menschen entweder von ihrer Lebenssubstanz unter Beeinträchtigung ihrer Gesundheit und ihrer Arbeitsfreudigkeit oder sie ernähren sich zusätzlich auf Kosten ihrer Vermögenssubstanz, indem sie ihre letzten Ersparnisse und Realbesitztümer gegen die zusätzlich notwendigen Nahrungsmittel des schwarzen Marktes hingeben.

Mobilisierung der eigenen Hilfsquellen und planmäßige Wirtschaftslenkung

Im Zusammenhang mit den in Aussicht stehenden Auslandskrediten für den wirtschaftlichen Wiederaufbau steht die österreichische Wirtschaftspolitik vor einer verantwortungsvollen Aufgabe und großen nationalen Verpflichtung. Es ist klar, daß die kreditgebenden Mächte nur dann bereit sein werden, die erforderliche Hilfeleistung zu gewähren, wenn sie der Überzeugung sein können, daß Österreich zunächst selbst alles unternimmt, um seine *eigenen Hilfsquellen zu mobilisieren*, und daß weiters die gewährten Kredite so verwendet werden, daß mit ihnen ein Höchstmaß an produktiver Wirkung erzielt wird. Nicht nur uns ist bekannt, sondern auch das Ausland wird sich daran erinnern, daß im Jahre 1919 eine internationale Hilfsaktion von neun Mächten für Österreich zwar fast eine Milliarde Schilling erbrachte, daß die gewährten Kredite damals aber ohne produktive Wirkung zerrannen. Die damaligen sogenannten

*) Die von der UNRRA zur Verfügung gestellte Hilfe im Werte von ungefähr 100 Mill. Dollar entfiel zu rund 71% auf Nahrungsmittel, rund 11% landwirtschaftliche Maschinen und Bedarfsgegenstände, rund 7% Medikamente, rund 6% Textilien und Lederwaren (hauptsächlich gebrauchte Kleider) und rund 5% Industriegüter (hauptsächlich Kraftfahrzeuge)

Relief-Kredite haben in der Folge nur unsere Staatsfinanzen mit einem erstrangigen Pfandrecht belastet und doch nicht verhindert, daß die Wirtschaft in der Folge immer tiefer in ein inflationistisches Chaos hineinglitt.

Um eine Wiederholung dieser geschichtlichen Erfahrungen zu vermeiden, muß Vorsorge getroffen werden, daß die aus dem Ausland eingeführten Brenn-, Roh- und Hilfsstoffe sowie technischen Produktionsmittel *gesamtwirtschaftlich optimal*, nach einem wirtschaftspolitischen Konzept verwendet werden. Hierfür ist aber keineswegs eine totale Planwirtschaft nötig, wohl aber ein *Wirtschaftsplan*, der wenigstens die Konturen und die großen grundsätzlichen Linien eines organischen Wiederaufbaus unserer Wirtschaft absteckt und die knapp vorhandenen Produktionsmittel und Arbeitskräfte in jene Bereiche lenkt, in denen eine Initialzündung, eine Ankurbelung der Gesamtwirtschaft, erwartet werden kann. Im übrigen muß man damit rechnen, daß auch nach Realisierung der erwarteten Kredite und auch nach Ordnung der Währung es keineswegs sofort, sondern erst mit fortschreitender Überwindung der bestehenden Mangellage möglich sein wird, Bewirtschaftung und Preiskontrolle abzubauen sowie die Lenkung des Außenhandels zu lockern. Der Zwang zu einer planmäßigen Wirtschaftslenkung ergibt sich allein schon aus der Tatsache, daß die kreditgewährenden Mächte ihre Kredite durchwegs mit bestimmten Verwendungsaufgaben verbinden, um sich auf diese Weise die Gewähr für eine möglichst rationelle Verwendung der Kredite zu verschaffen.

Die Preis-, Lohn- und Währungsproblematik

Ich habe bisher von den *materiellen* Voraussetzungen der Produktionssteigerung gesprochen, nämlich von der Erhaltung der Arbeitsfähigkeit der Bevölkerung durch eine ausreichende Ernährung und von der Versorgung der Betriebe mit den notwendigen Brenn-, Roh- und Hilfsstoffen sowie fehlenden Maschinen, wobei die zur Ankurbelung der Wirtschaft zusätzlich notwendigen sachlichen Produktionsmittel zunächst nur auf dem Wege von Auslandskrediten beschafft werden können. Die genannten realen Faktoren können jedoch nur in Verbindung mit einer sinnvollen Preis-, Lohn- und Währungspolitik voll wirksam werden.

Das problemreiche Dreieck: Preise-Löhne-Währung gehört ohne Zweifel zu den schwierigsten und zentralsten Aufgaben unserer Wirtschaftspolitik. Bekanntlich werden die bestehenden inneren und durch äußere Umstände bedingten wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch das außerordentliche Mißverhältnis zwischen der Geld- und der Güterseite wesentlich verschärft.

Das Mißverhältnis zwischen Geld- und Güterseite

Der Notenumlauf, der im Jahresdurchschnitt 1937 rund 850 Mill. S betragen hatte, beläuft sich derzeit auf rund 5·7 Milliarden S. Die Giralverbindlichkeiten der Nationalbank sind von 312 Mill. S im Durchschnitt des Jahres 1937 um das 22fache auf ungefähr 6·9 Milliarden S angewachsen, wenn man die freien und gesperrten Konten zusammennimmt.

Dieser im Verhältnis zu 1937 außerordentlichen Geldfülle stehen eine stark verringerte Produktionsfähigkeit der Wirtschaft und eine bescheidene Gütermenge gegenüber, wobei das Preisniveau dieser verringerten Gütermenge seit 1937 viel weniger gestiegen ist, als sich die Geldmenge vermehrte. Es ist schwierig, das bestehende Mißverhältnis zwischen Geld- und Güterseite ziffernmäßig prägnant auszudrücken, da wir heute kein einheitliches Preisniveau besitzen. Praktisch gibt es heute mehrere Preispiegel, je nachdem ob man mit den amtlich genehmigten Preisen oder mit den unkontrolliert durch das amtliche Preisniveau durchgebrochenen Preisen eines mehr oder minder freien Marktes rechnet, oder ob man die ausgesprochenen Schleichhandelspreise in Rechnung stellt.

Die bisherige Entwicklung der Preise, Löhne und Lebenshaltungskosten

Geht man von den amtlich genehmigten Preisen aus, dann ergibt sich, daß die Großhandelspreise gegenüber 1937 bisher um ungefähr 80% gestiegen sind. (In dieser Ziffer ist das Umrechnungsverhältnis Schilling 1937 zu heutigem Schilling mit 2:3 berücksichtigt.) Würde man Schilling = Schilling setzen, dann würde durch die bisherigen Preisgenehmigungen das Preisniveau von 1937 erst um rund 20% überhöht worden sein. Es handelt sich hierbei allerdings nur um einen sehr groben Durchschnitt, mit beträchtlichen Abweichungen nach oben und unten. So sind vor allem die Preise für einzelne landwirtschaftliche Erzeugnisse (Wein, Kartoffeln, Zucker), aber auch die Preise für Kohle, verschiedene Werkzeuge, Elektro-Artikel, Bleifarben usw. bereits weit über 100% gestiegen, während andere Waren, wie z. B. einzelne Eisenwaren und Drähte, deren Preise teilweise bis auf die Hälfte und ein Drittel unter dem Preisniveau von 1937 gestoppt worden waren, bis vor kurzem noch nicht einmal das Preisniveau von 1937 erreicht hatten.

Während sich also die amtlich genehmigten Preiserhöhungen, wenn man von Ausnahmen abieht, im ganzen noch innerhalb verhältnismäßig enger Grenzen bewegen, zeigen die Preise für nicht unmittelbar rationierte, aber doch vielfach lebenswichtige Güter des täglichen Bedarfes im Einzelverkauf bereits sehr beträchtliche Steigerungen. So ergab eine Stich-enquete des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Einzelhandel für zahlreiche Artikel Preiserhöhungen zwischen 200 bis 600%, im einzelnen sogar noch größere Steigerungen

Ein besonderes Interesse beanspruchen naturgemäß die Preise jener Güter, die für die Lebenshaltungskosten der Arbeiter bestimmend sind. Nach den Berechnungen des ÖfW sind die Lebenshaltungskosten für eine Arbeiterfamilie in Wien seit August 1938 bis Dezember 1946 um rund 84% gestiegen. Es ist interessant festzustellen, daß die Tariflöhne für Wien von Ende 1937 bis Ende 1946 sogar um 115% gestiegen sind.

Wenn man auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen den Erkenntniswert von Indexberechnungen nicht überschätzen darf, weil im streng theoretischen Sinne die Voraussetzungen für die Berechnung von Lebenshaltungskostenindizes, nämlich freie Preise und freie Konsumwahl, in den einander gegenübergestellten Zeitabschnitten nicht gegeben sind, so vermitteln die angestellten Berechnungen doch ein ungefähres Bild von der Entwicklung der Lebenshaltungskosten und Löhne.

Zu ähnlichen Ergebnissen gelangen Berechnungen, die mit der Erhebungsbasis April 1945 angestellt wurden; danach sind die Lebenshaltungskosten bis Dezember 1946 um rund 45%, die Tariflöhne aber um rund 58% gestiegen. (Es würde zu weit führen, wenn ich im Rahmen dieses Vortrages auf die Problematik und Methodik der angestellten Indexberechnungen eingehen würde.)

Wenn nun heute trotz dieser relativ stärkeren Entwicklung der Löhne die Arbeiter auf eine untragbare Verschlechterung ihres Realeinkommens hinweisen und Forderungen nach erheblichen Lohnerhöhungen stellen, so erklärt sich dies daraus, daß die im Verbrauchsschema für die Berechnung der Lebenshaltungskosten enthaltenen Waren entweder nur in völlig unzureichenden Mengen, wie z. B. die Nahrungsmittel, oder praktisch überhaupt nicht, wie z. B. Textilien, zu den amtlichen Preisen erhältlich sind. Die Arbeiter sind also genötigt, das zum Leben zusätzlich Erforderliche auf dem freien Markt oder im Schleichhandel zu Preisen zu kaufen, die weit über das ordentliche Budget eines Arbeiterhaushaltes hinausgehen.

Neben den realen Faktoren spielt hier aber noch ein *psychologisches* Moment mit. Die Kriegsfinanzierung des Dritten Reiches und die weitgehende Einschränkung der zivilen Güterversorgung während des Krieges haben nicht nur den Unternehmungen eine sehr flüssige Kassenhaltung ermöglicht, sondern auch den einzelnen Arbeitern während des Krieges die Haltung verhältnismäßig beträchtlicher, wenn auch gütermäßig nicht gedeckter Barmittel erlaubt. In dem Maße nun, als die weit über dem amtlichen Preisniveau liegenden Preise des mehr oder minder freien Marktes die bisherigen Kaufkraftüberhänge absorbieren, entsteht bei den Arbeitern, die aus der Kriegszeit her an die Haltung relativ ansehnlicher Barbestände gewöhnt sind, ein Gefühl der Beengung und Beunruhigung, wobei sie leicht übersehen, daß auch in Friedenszeiten die Arbeiter am Ende einer Arbeitswoche in der Regel nur wenig Geld besaßen. Allerdings konnte sich im Jahre 1937 ein Arbeiter, der am Wochenende noch über 5 Schilling verfügte, damit wahlweise $1\frac{1}{2}$ kg Butter oder 1 Paar Kinderschuhe oder etwa 130 Zigaretten kaufen, während er heute mit 5 Schil-

ling, wenn überhaupt, vielleicht 3 dkg Butter oder 5 A-Zigaretten besorgen kann. Diesen Sachverhalt darf man nicht übersehen, wenn man aus einer Gegenüberstellung der Lebenshaltungskosten- und Lohnindizes wirtschafts- und sozialpolitische Schlußfolgerungen ziehen will.

Weitestgehend veränderte Kostenstruktur

Die spezifische Problematik der Preis-, Lohn- und Währungspolitik ergibt sich jedoch nicht nur aus dem Mißverhältnis zwischen der Geld- und der Güterseite, sondern vor allem auch aus der völlig veränderten Kostenstruktur unserer gesamten Wirtschaft. Die durch Kriegs- und Nachkriegseinflüsse verminderte Produktivität und eingetretene Kostenverteuerung unserer Wirtschaft werden heute noch durch die vorhandene Geldfülle verdeckt und in ihrem ganzen Ausmaß erst sichtbar werden, wenn unsere Wirtschaft nach Ordnung der Geld- und Währungsverhältnisse wiederum in Wettbewerb mit den anderen Ländern treten wird.

Eine Verzerrung der innerösterreichischen Preisrelationen erfolgte zunächst nach der Besetzung Österreichs durch das Deutsche Reich im März 1938, infolge der Anpassung der österreichischen Preise an eine fremde Wirtschaftsstruktur und in weiterer Folge durch die besonderen Erfordernisse der Kriegswirtschaft. Mit der Befreiung und der Herauslösung Österreichs aus dem größeren Wirtschaftsverband des Deutschen Reiches haben sich dann weiters sowohl in der gewerblichen als auch in der landwirtschaftlichen Erzeugung erhebliche Kostenverschiebungen und Preisauftriebstendenzen geltend gemacht: nämlich die Verwendung teurerer und qualitativ schlechterer Roh- und Hilfsstoffe sowie die Verschlechterung des Rationalisierungsgrades infolge Einbußen in der technischen Ausstattung oder durch Verwendung alter oder veralteter Maschinen, bzw. der Übergang zur Handarbeit, weiters der Übergang zu vielgestaltigeren Produktionsprogrammen. Nachdem die Möglichkeiten einer großräumigen Arbeitsteilung weggefallen sind, können weiter auch die Kostenvorteile der spezialisierten Massenproduktion nur noch in viel geringerem Umfang ausgenützt werden als vorher.

Der Wegfall der früheren Reichszuschüsse, die für einzelne wichtige industrielle und landwirtschaftliche Erzeugnisse gewährt wurden, um die österreichische Erzeugung zu erhalten, muß ebenfalls durch höhere Preise wettgemacht werden, da die österreichische Bundesregierung aus grundsätzlichen finanz- und währungspolitischen Erwägungen nicht in der Lage ist, die erforderlichen staatlichen Zuschüsse zu leisten. (Die Zuschüsse betragen zum Teil, wie z. B. für Handelseisen, bis 150% der offiziellen Stopppreise.)

Zu den aus der veränderten wirtschaftlichen Struktur resultierenden Kostenerhöhungen kommen aber noch eine Reihe weiterer preis-

steigernder Faktoren, die sich aus den augenblicklichen wirtschaftlichen Notzuständen ergeben: wie die Unregelmäßigkeit in der Energieversorgung, Transportschwierigkeiten, die geringere Arbeitsfähigkeit der Arbeiter infolge unzulänglicher Ernährung und Bekleidung, der Mangel an Facharbeitern und qualifizierten Hilfskräften (die zum Teil noch nicht aus der Kriegsgefangenschaft heimkehren konnten) und schließlich die Verschlechterung der Kapazitätsausnutzung bzw. eine verminderte Umsatztätigkeit. (Die Kapazitätsausnutzung in der Industrie betrug vor Einbruch der Kohlen- und Stromkrise im Durchschnitt erst 30 bis 40% des Jahres 1937.)

Unsere Wirtschaft hat nicht zuletzt auch durch den Verlust von annähernd 400.000 Männern der besten und leistungsfähigsten Jahrgänge und die dadurch bedingte Überalterung und den Frauenüberschuß eine erhebliche Produktionsminderung erfahren, die auch bei einer günstigen künftigen Geburtenentwicklung nur in einer längeren Reihe von Jahren wieder ausgeglichen werden kann.

Alle diese in ihrer Wirkung kostenverteuernden Faktoren bedingen, wenn unsere Wirtschaft wieder voll funktionsfähig werden soll, eine Anpassung des bestehenden Preis- und Lohngefüges an die neuen wirtschaftlichen Gegebenheiten

Gegenwärtig zweite bzw. dritte Welle der Preis- und Lohnerhöhungen

Durch die seitens unserer Regierung ungefähr seit Frühjahr vorigen Jahres verfolgte Politik einer schrittweisen Auflockerung des Preis- und Lohnstops konnten zweifellos die größten Produktionshemmungen beseitigt und zahlreiche Betriebe wieder produktionsfähig gemacht werden. Die erstrebte Anpassung der Preise an die veränderten Kostenbedingungen ist jedoch erst teilweise gelungen. Gegenwärtig befinden wir uns mitten in einer zweiten großen Welle der Preis- und Lohnerhöhungen, nachdem die erste große Preis- und Lohnwelle ungefähr in den Monaten Oktober-November vorigen Jahres zu Ende gegangen war. Der Antrieb dieser neuen Bewegung ging zunächst vor allem von der Lohnseite aus. Die Arbeiter verschiedener Zweige, sowohl in den Bundesländern als auch in Wien, haben bereits in den letzten Monaten des vorigen Jahres sehr umfangreiche Lohnforderungsprogramme vorgelegt, die neuerlich Lohnerhöhungen im Ausmaß von 25 bis 50%, vereinzelt sogar darüber, vorsehen.

Die Arbeiterschaft begründet die geforderten Lohnerhöhungen, wie schon erwähnt, mit der zunehmenden Verteuerung der Lebenshaltungskosten, die in den offiziellen Lebenshaltungskostenindizes, die von einem friedensmäßigen Normalverbrauchsschema ausgehen, nicht entsprechend zum Ausdruck kommt. Die Vertreter der Arbeiterschaft machen geltend, daß die wirkliche Verteuerung der Lebenshaltungskosten zutreffender

an den *tatsächlichen Aufwänden* für die zugeteilten Nahrungsmittel und sonstigen erhältlichen notwendigen Güter festgestellt werden müsse.

Nach den Berechnungen des ÖfW haben die effektiven Aufwände der Arbeiterfamilien in den einzelnen Versorgungsperioden des Jahres 1946, je nach der gütemäßigen Zusammensetzung der Zuteilungen (je nachdem ob teure Konserven, teures ausländisches Gemüse usw. oder billige heimische Produkte, teure oder billige Rauchwaren usw. zugeteilt wurden) stark geschwankt und sind in ungünstigen Monaten zum Teil erheblich von den Lebenshaltungskostenberechnungen (auf Grund eines Normalverbrauchsschemas) abgewichen. Die im Laufe des Jahres 1946 erfolgte Verteuerung der Lebenshaltung war in den ungünstigen Versorgungsperioden sozial nur tragbar, weil erstens um die Jahreswende 1945/46 die Aufwände der Arbeiter noch erheblich unter den Normal-einkommen lagen und die „freie“ Kaufkraft erst allmählich durch die Erhöhung der Aufwände absorbiert wurde, und zweitens, weil in der gleichen Zeit die Beschäftigung um rund 68% gestiegen ist und sich dadurch die Lohnsumme durch Mehrbeschäftigung und Lohnerhöhungen ungefähr verdoppelt hat.

Die zum Teil von der zentralen Lohnkommission bereits bewilligten Lohnerhöhungen haben naturgemäß auch *neue Preiserhöhungen* ausgelöst, da ohne die Möglichkeit einer Überwälzung der erhöhten Lohnkosten auf die Preise zahlreiche Betriebe, die vielfach auch bisher nur unter großen Schwierigkeiten sich zu behaupten vermochten, wieder unrentabel werden würden und abwirtschaften müßten. Damit würde aber offenbar das gerade Gegenteil dessen erreicht werden, worauf es heute ankommt, nämlich an Stelle der erstrebten Produktionssteigerung würde eine neuerliche Produktionsschrumpfung erfolgen und ein weiteres Absinken des Realeinkommens eintreten.

Im übrigen wirken neben den von der Lohnseite her sich geltend machenden Preisauftriebendenzen noch eine Reihe weiterer preissteigernder Faktoren.

Überhöhte Importpreise — Abschöpfung ungerechtfertigter Exportgewinne durch eine Ausgleichskasse

In erster Linie ist hier an die im Verhältnis zum Inlandspreisniveau überhöhten Importpreise zu denken, die angesichts der hochgradigen Abhängigkeit der österreichischen Wirtschaft von Einfuhren lebens- und aufbauwichtiger Güter die Schaffung einer auch nur relativen Stabilität auf dem Inlandsmarkt außerordentlich erschweren. Bekanntlich ergibt sich das starke Gefälle zwischen den Inlands- und Auslandspreisen vor allem auf Grund der *fiktiven Umrechnungskurse* zwischen Schilling und Dollar bzw. Pfund sowie den anderen Währungen.

Ein exakter Vergleich der internationalen Kaufkraftparitäten über die Kursrelationen ist derzeit allerdings nicht möglich. Eine diesen

Schwierigkeiten besteht darin, daß es zurzeit überhaupt noch kein einheitliches ausgeglichenes Weltmarktpreisniveau gibt. Wichtige Welt-handels-güter notieren über die offiziellen Kursrelationen von Land zu Land sehr verschieden. Vielfach spielen bei der Preisbildung auch außer-wirtschaftliche Faktoren eine Rolle. Immerhin ist es möglich, durch einen Vergleich der Weltmarktpreise und der Inlandspreise miteinander ver-gleichbarer Standardgüter, wie Weizen, Gerste, Hafer, Roheisen, Roh-stahl, Steinkohle u. a., und auf Grund der zwischen 1937 und 1946 in den wichtigsten Ländern erfolgten Veränderungen der Großhandelspreis-indizes über die damaligen und heutigen Wechselkursrelationen den Nachweis zu erbringen, daß die Preise in Großbritannien und den USA heute noch durchschnittlich um das Zwei- bis Zweieinhalbfache und die Preise in Frankreich, ÖSR und in der Schweiz um das Zweieinhalb- bis Dreifache höher sind als in Österreich (selbstverständlich unter Zugrunde-legung der amtlich genehmigten Preise).

Dieser größtenteils durch die unzutreffenden Umrechnungskurse be-dingte Niveau-Unterschied zwischen Inlandspreisen und Auslandspreisen wird sich in dem Maß immer störender auswirken, als im Zuge des Wiederaufbaus der österreichische Außenhandel wieder größeren Umfang annehmen wird.

Während auf der einen Seite die überhöhten Importpreise eine Quelle ständiger Unsicherheit und Unruhe für das inländische Preisgefüge be-deuten, zogen aus diesem Gefälle lange Zeit hindurch die österreichischen Exporteure leistungsmäßig überhöhte Vorteile. Sofern die erzielten Übergewinne für Investitionen verwendet wurden, die sich auch nach der Stabilisierung der Währung rentieren werden, hatte die Aufrecht-erhaltung der fiktiven Umrechnungskurse gesamtwirtschaftlich gesehen zweifellos auch günstige Wirkungen. Durch die Erzielung außerordent-lich hoher Exportpreise haben sich jedoch auch viele Unternehmungen unberechtigterweise für international leistungsfähig gehalten und sich teilweise zu Kapitalinvestitionen verleiten lassen, die bei einer Normali-sierung der wirtschaftlichen Verhältnisse sich vielfach als Fehlleitungen erweisen werden.

Durch die Schaffung einer *Ausgleichskasse* wird nunmehr der Ver-such gemacht, unbegründet hohe Exporterlöse zugunsten einer Verbil-digung der teuren Importe abzuschöpfen. Die in Aussicht genommenen Projekte der Ausgleichskasse stellen, auf welche Variante man sich schließlich einigen wird, jedenfalls eine leidige Kompromißlösung dar. Es ist zu hoffen und zu erwarten, daß im Zuge der bevorstehenden Ord-nung unserer Währung die Ausgleichskasse zumindest in der in Aus-sicht genommenen Form überflüssig werden wird. Sofern die General-ordnung unserer Währungs- und Geldverhältnisse tatsächlich schon in ab-sehbarer Zeit durchgeführt werden wird, mag es heute nicht mehr zweck-mäßig erscheinen, an Stelle der fiktiven störenden Umrechnungskurse neue, wirklichkeitsnähere Relationen festzusetzen. Im übrigen ist es

bemerkenswert, daß man in Deutschland, besonders in der amerikanischen Zone, bei der Abwicklung des Außenhandelsverkehrs längst von dem seinerzeit festgesetzten Militärkurs von 10 Mark zu einem Dollar abgegangen ist und heute mit einem Außenhandelswert der Mark zum Dollar von 230 bis 280 rechnet (wobei allerdings zu erwähnen ist, daß der Preis- und Lohnstop in Deutschland rigorosser durchgehalten wurde als in Österreich).

Neben den von Seite der Löhne und Importpreise wirkenden Preisauftriebenden sind im heutigen Preisgefüge noch andere vielfältige Spannungen vorhanden, die unter den augenblicklich gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen praktisch nur in einem *Prozeß der Aufwärtsentwicklung der Preise* (und nicht, was zumindest theoretisch denkbar wäre, in einem Deflationsprozeß) einen Ausgleich finden können

Die Preispolitik vor der Notwendigkeit, zwischen zwei Übeln das kleinere zu wählen

Angesichts dieser Sachlage steht die Preispolitik vor der folgenreichen Entscheidung, auf welche zweckmäßige Weise sie den bestehenden Preis- und Lohnauftriebenden begegnen soll. Denn nicht zuletzt hängt von der in den nächsten Monaten grundsätzlich befolgten Preispolitik ab, in welchem inneren Zustand unsere Wirtschaft die Phase des gegenwärtigen staatsrechtlichen und wirtschaftlichen Ausnahmezustandes überdauern wird. Es ist keineswegs von untergeordneter Bedeutung, ob in dem Augenblick, wo die notwendige Reorganisation unserer Währungs- und Geldverhältnisse möglich ist und damit überhaupt erst eine der Grundvoraussetzungen und die Startbahn für den Wiederaufbau der Wirtschaft gegeben sein werden, Preise und Löhne sich in einer heftigen inflationistischen Dynamik befinden werden, oder ob die Preis- und Lohnpolitik dann an ein im wesentlichen stabil gebliebenes, wenn auch in seinen inneren Relationen noch änderungsbedürftiges Preis- und Lohngefüge anknüpfen kann.

Es wäre wahrhaft tragisch und es würde dem Historiker, der einmal unsere Zeit beurteilen wird, kaum verständlich sein, daß wir in einem Augenblick, wo sich uns nach einer qualvollen Phase der Unsicherheit und der wirtschaftlichen Lähmung endlich ein realer Ausweg aus unseren Schwierigkeiten zeigt, wo wir erstmalig konkret mit dem Staatsvertrag, mit dem Abzug der Besatzungstruppen und mit Auslandskrediten für unsere Wirtschaft rechnen können, daß wir in diesem Augenblick gleichsam die Nerven verlieren und die Preise und Löhne in ein unabsehbares Chaos hineinlaufen lassen, nachdem wir acht lange Jahre unter größten Opfern und Beschwerden ein künstliches Preis- und Lohngefüge durchgestanden haben.

Man muß sich darüber im klaren sein, daß die Preispolitik unter den heute gegebenen Umständen, vor allem angesichts des bestehenden Miß-

verhältnisses zwischen der vorhandenen Geldmenge und dem offiziellen Preisniveau einerseits und dem gegenwärtigen Produktionsvolumen andererseits, weiters angesichts eines unausgeglichenen Budgets infolge untragbarer Besatzungskosten und einer durch Zonengrenzen, durch die Blockierung heimischer Hilfsquellen, durch Rechtsunsicherheit infolge ständiger Eingriffe höherer Gewalten und durch andere Umstände in ihrer Funktionsfähigkeit gestörten Wirtschaft, keine voll befriedigende Lösung finden kann. Die Preispolitik hat heute nur die Möglichkeit, zwischen zwei Übeln das kleinere zu wählen

a) Das Konzept einer freieren Preispolitik

Ohne Zweifel ist das Konzept einer freieren Preispolitik auf den ersten Blick sehr verlockend. Nichts scheint natürlicher zu sein, als das bestehende Mißverhältnis zwischen der vorhandenen Geldmenge und den relativ niedrigen Preisen (bei geringem Güterangebot), das eines der hauptsächlichsten Hindernisse für eine Normalisierung der Wirtschaft darstellt, durch ein Hineinwachsenlassen der Preise in das Geldvolumen zu beseitigen. Und es erscheint naheliegend, als unmittelbar konkretes Ziel zunächst die Erhöhung der Inlandpreise auf das (durchschnittlich immer noch um 150 bis 250 %) überhöhte Weltmarktpreisniveau ins Auge zu fassen.

Nicht zu unrecht weisen die Vertreter dieser Politik in ihrer Argumentation darauf hin, daß die Preise im Inland praktisch ohnehin schon auf breiter Front durch das amtliche Stoppreisniveau durchgebrochen seien, weil es sich als unmöglich erwiesen habe, unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Preise in ein lückenloses Zwangssystem eingepannt zu halten. Tatsächlich sind für den Aufbau und die Durchsetzung eines strengen Bewirtschaftungssystems und für eine rigorose Preiskontrolle heute in Österreich die moralischen, politischen und allgemein wirtschaftlichen Voraussetzungen nicht günstig: Ein demokratischer Staat hat nach einem verlorenen Krieg nicht die gleichen Zwangsmittel zur Verfügung wie ein autoritärer, unter Kriegsrecht stehender Staat. Die Forderung, die Bewirtschaftung und Preiskontrolle auf einen möglichst kleinen Kreis unmittelbar lebensnotwendiger Güter zu beschränken und in allen übrigen Bereichen die Preise freizugeben, erscheint daher durchaus begrifflich. Die Vertreter der freien Preispolitik weisen darauf hin, daß sich dadurch die Möglichkeit einer weitgehenden Einschränkung des unproduktiven Preisbildungs- und Kontrollapparates ergäbe, während gleichzeitig durch die Weckung der freien Initiative neue Produktionsmöglichkeiten aufgezeigt und realisiert werden könnten. Nebenbei würde mit der Angleichung der Inlandpreise an das Weltmarktpreisniveau auch die verhältnismäßig kompliziert funktionierende Ausgleichskasse überflüssig werden.

Es liegt auf der Linie einer konsequenten Durchführung dieser Politik, auch die *Aufhebung des Lohnstops* ins Auge zu fassen und die Entwicklung der Löhne künftig nur noch über die Preispolitik zu lenken. Nach der Meinung der Verfechter einer freieren Preispolitik hätte es die Regierung im gegebenen Zeitpunkt in der Hand, Lohnerhöhungen dadurch abzubremesen, daß nach Erreichen einer bestimmten Preishöhe weitere Lohnerhöhungen nicht mehr als Grund für die Bewilligung einer Preiserhöhung anerkannt würden. Die Preispolitik würde es damit den Unternehmern überlassen, den Lohnforderungen der Arbeiterschaft entsprechenden Widerstand zu leisten.

Die Befürworter einer freieren Preispolitik haben demnach eine Reihe einleuchtender und bestechender Argumente ins Treffen zu führen, so daß es notwendig erscheint, sich mit ihrer Beweisführung ernsthaft auseinanderzusetzen, um schließlich mit um so größerer Überzeugung den anderen Weg zu beschreiten, nämlich den Weg einer möglichen Hemmung der Preis- und Lohnbewegung bis zu dem Augenblick, wo unsere Währung geordnet werden kann. Vor allem aber erscheint es wichtig, die Richtigkeit der Behauptung zu überprüfen, daß eine freiere Preispolitik zu einer starken Belebung der Produktion führen würde und daß die Anpassung der Preise an die vorhandene Geldmenge keinerlei Inflationsgefahr in sich schließt.

Erste Bedenken gegen eine freiere Preispolitik

Es liegt auf der Hand, daß die konsequente Durchführung einer freieren Preispolitik aus realen und psychologischen Gründen innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit zu einer sehr heftigen Preis- und Lohn- dynamik führen muß. In dem Augenblick, in dem die Unternehmer klar sehen, daß die offizielle Preispolitik auf das sogenannte Weltmarktpreisniveau Kurs hält und die Preise mehr oder minder offenbar an die vorhandene Geldmenge anpassen will, müssen die Unternehmer mit einer Vervielfachung der heutigen Preise zu rechnen beginnen. Begünstigt und ermuntert durch eine Preispolitik, die selbst bei jeder Gelegenheit die Unmöglichkeit einer wirksamen Preiskontrolle hervorhebt, werden sich die Unternehmer immer weniger um die zunächst vielleicht noch bestehenden formalen Richtlinien für die Preisbildung kümmern und in steigendem Maße künftige Kostenerhöhungen in ihren Kalkulationen vorwegnehmen, um sich bei dem nunmehr beginnenden Wettlauf der Preise möglichst an die Spitze der Bewegung zu setzen.

Die beabsichtigte Beschränkung der Bewirtschaftung und Preiskontrolle auf einen kleinen Kreis unmittelbar lebensnotwendiger Güter erscheint — wenn nicht gleichzeitig der Auftrieb von der Geldseite her beseitigt wird, so lange also die Ordnung der Währung nicht erfolgt ist — aus folgenden Gründen bedenklich: beschränkt man den Kreis der lebensnotwendigen Güter auf wenige Waren, dann werden unvermeidlich die

Rohstoffe usw. in jene Bereiche abwandern, in denen eine freie Preisgestaltung höhere Gewinne verspricht. Diese Entwicklung würde, sobald sie legalisiert wäre, zu einer verhängnisvollen Kürzung der lebensnotwendigen Produktion zugunsten einer minder wichtigen Erzeugung führen. Man darf sich keiner Täuschung hingeben und glauben, daß eine Teilbewirtschaftung, wenn sie sich auch auf einen kleinen Kreis der lebensnotwendigsten Güter beschränkt, geringere Anforderungen an die Leistungsfähigkeit des Bewirtschaftungsapparates stellt als eine umfassende Bewirtschaftung. Ohne einen entsprechend umfangreichen und ausgezeichnet funktionierenden Bewirtschaftungsapparat stünden die mit der Bewirtschaftung der lebensnotwendigen Güter befaßten Stellen vor einer völlig aussichtslosen Aufgabe. Denn die Abwanderung der knappen Rohstoffe und Produktionsmittel in die ertragreicheren Bereiche wäre auch bei Androhung schwerer Strafen nicht zu verhindern. Gerade daran denkt aber die freiere Preispolitik nicht und sie will die Bewirtschaftung nicht verstärken, sondern im Gegenteil möglichst abbauen und einschränken.

Es ergibt sich dann die Situation, daß das vollkommen ungenügende Angebot an lebenswichtigen Erzeugnissen die Wirtschaftspolitiker immer mehr zu der Entscheidung drängt, auch die lebenswichtigen Güter von der Preiskontrolle zu befreien, um überhaupt ein nennenswertes Angebot an diesen Gütern auf den Markt zu bringen.

In dieser Richtung wirkt auch der Umstand, daß die Preissteigerungen der freien Waren unvermeidliche Rückwirkungen auf die Preise der kontrollierten Waren ausüben werden, da eine Abgrenzung zwischen beiden Gruppen nicht vorgenommen werden kann, ohne daß freie Preise als Kostenbestandteile in die gebundenen Preise eingehen.

Ist dieser Weg einmal beschritten, so läßt in der Regel das Ende jeglicher Preiskontrolle nicht mehr lange auf sich warten. Die Unternehmer, die kontrollierte lebenswichtige Güter erzeugen, halten dann mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln ihre Waren zurück, in der Erwartung, daß ihnen eine baldige Aufhebung der Preiskontrolle günstigere Absatzbedingungen sichern werde.

Ein gutes Beispiel für die eben skizzierte Entwicklung gibt das *Schicksal der amerikanischen Preiskontrolle*. Sobald die Preiskontrolle einiger Waren aufgehoben wurde und die Unternehmer die Überzeugung gewonnen hatten, daß eine strenge Preiskontrolle nicht konsequent bis zur Erreichung einer genügend großen Konsumgüterproduktion durchgeführt werden wird, war das Office of Price Administration nur noch ein Hemmschuh für die Entwicklung der Produktion und die Kontrollen mußten überstürzt abgebaut werden.

Wenden wir uns nun der wichtigen Frage zu, ob und unter welchen Bedingungen unter den gegenwärtig in Österreich bestehenden Verhältnissen durch eine freiere Preispolitik eine *Produktionssteigerung* erwartet werden kann. Wie jede inflationistische Preisbewegung in ihren ersten Stadien produktionsbelebend wirkt, so würde auch unter den gegebenen Verhältnissen eine flüssige Preisbewegung, wenigstens zunächst und par-

tiell, eine gewisse Produktionsbelebung bewirken. Es muß aber überlegt werden, auf wessen Kosten und zu wessen Nutzen diese Produktionsbelebung ginge, und es bliebe vor allem abzuwägen, in welchem Verhältnis der Nutzen dieser Produktionsbelebung zu den unvermeidlichen gesamtwirtschaftlichen Schäden stehen würde. Es liegt in der Natur jedes inflationistischen Prozesses begründet, daß zunächst die Lohn- und Gehaltsempfänger, die Fixbesoldeten, Kleinrentner und Pensionisten auf der Strecke dieses Wettlaufes zwischen Preisen und Löhnen liegen bleiben. Abgesehen von diesen ungünstigen sozialen Wirkungen ist es vom gesamtwirtschaftlichen Standpunkt aus sehr bedenklich, daß zu den großen Verlierern dieser Politik insbesondere auch die verstaatlichten Großbetriebe der Schlüsselindustrien gehören werden, in deren Kassen sich innerhalb kurzer Zeit Millionendefizite entstehen werden, die letzten Endes wieder von den Steuerzahlern, also von der Gesamtwirtschaft, aufgebracht werden müssen. Die verstaatlichten Betriebe werden mit ihren leichter zu kontrollierenden Preisen für ihre wichtigen Grundstoffe und Industrieprodukte weit hinter dem allgemeinen Run nachhinken und sie werden billigst ihre letzten Vorräte an die weiterverarbeitenden und Finalindustrien verkaufen, die sich ihrerseits wiederum bemühen werden, die billig gekauften Vorprodukte möglichst rasch, so lange die Löhne jeweils noch relativ niedrig sind, zu verarbeiten. Die in diesem stürmischen Aufwärtsprozeß vielleicht wirklich in erhöhtem Umfang erzeugten Güter werden indessen nur zu einem verschwindend kleinen Teil wirklich auf den Markt gelangen. Tatsächlich werden die Erzeugnisse teilweise bei den Produzenten selbst gelagert werden oder in die Hände von Händlern und Spekulanten geraten, um entweder zu Schleichhandelspreisen verkauft, im Naturaltausch verwertet oder für die Zeit nach der Währungsstabilisierung zurückgehalten zu werden.

Wie erwähnt, sind die Befürworter einer freieren Preispolitik auch der Meinung, daß selbst bei einer flüssigen Bewegung der Preise und Löhne *keine Inflationsgefahr* entstehen werde. Ich persönlich halte die Annahme für sehr gewagt, daß einer derart heftigen Aufwärtsbewegung der Preise und Löhne, wie sie unter den gegebenen Verhältnissen, noch dazu bei einer allfälligen Aufhebung des Lohnstops, erwartet werden muß, durch die bestehende Geldmenge notwendigerweise eine feste Grenze gesetzt ist, und daß der Staat jederzeit in der Lage sein werde, die Entwicklung einfach dadurch abzustoppen, daß er eine Ausweitung des Notenumlaufes verhindert. Einmal wird dabei außer acht gelassen, daß sich im Verlauf des zu erwartenden dynamischen Prozesses die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes stark erhöht und dadurch die Preise weit über das Niveau hinausgetrieben werden, das unter normalen Verhältnissen der vorhandenen Geldmenge entsprechen würde, zum anderen muß das Festhalten an einem bestimmten Geld- und Kreditvolumen, wenn die ganze Wirtschaft mit einer expansiven Entwicklung rechnet und alle Dispositionen auf ein elastisches Geldvolumen abgestellt sind, zu einem schweren Rückschlag führen, der sich nicht nur in Zusammenbrüchen von Unternehmungen

gen, sondern auch in großen sozialen Härten und einer Massenarbeitslosigkeit niederschlägt.

Neben diesen allgemeinwirtschaftlichen Erwägungen spricht im einzelnen noch folgendes gegen den Weg einer freieren Preispolitik:

Die Unsicherheit im Wirtschaftsleben, die eine heftige Aufwärtsentwicklung der Preise mit sich bringt, würde vermutlich das Vertrauen des Auslandes und insbesondere der alliierten Mächte zur österreichischen Wirtschaftspolitik ungünstig beeinflussen und vor allem die *Kreditwürdigkeit* Österreichs gefährden und damit die Erlangung der für Österreich lebenswichtigen ausländischen Kredite wieder problematisch machen.

Weiters ist zu befürchten, daß sich die bestehenden sozialen und innerpolitischen Spannungen stark erhöhen würden. Die *Unruhe unter der Arbeiterschaft* und die Unzufriedenheit aller jener, deren Einkommen mit der Dynamik der Preise nicht Schritt halten könnte, würden sich verstärken

Da die Preiskontrolle in den westlichen Bundesländern nach wie vor besser funktioniert als in Ostösterreich und insbesondere in Wien, wo auch der Geldüberhang größer ist, ist zu erwarten, daß die Aufwärtsbewegung der Preise im Osten heftiger und unkontrollierter als im Westen und Süden vor sich gehen und daß sich das bereits bestehende Preisgefälle zwischen Osten und Westen vergrößern würde. Dadurch würde die Vereinheitlichung des österreichischen Wirtschaftsgebietes weiter gehemmt und die vorhandenen *partikularistischen Bestrebungen* in den einzelnen Zonen gefördert werden.

Nicht zuletzt muß daran gedacht werden, daß eine derartige Entwicklung die Besatzungsmächte, die bisher eine Politik der möglichen Stabilität befürworteten, bewegen könnte, die gewährten Vollmachten an die österreichische Regierung wieder einzuschränken und im verstärkten Maß selbst wirtschaftspolitische Maßnahmen zu veranlassen. Es bestünde die Gefahr, daß sich die Aussichten auf einen baldigen *Abzug der Besatzungstruppen* wieder verschlechtern würden.

b) Der Weg einer möglichen Hemmung der Preis- und Lohnbewegung

Nach all diesen Überlegungen muß unter den gegebenen Verhältnissen der von der Preispolitik der Regierung eingeschlagene Weg, nämlich die vorhandenen Preis- und Lohnauftriebstendenzen nach Möglichkeit zu hemmen, bis durch die Ordnung der Währungsverhältnisse auch von der Geldseite her die Voraussetzungen für eine konstruktive Preispolitik gegeben sind, als das relativ beste Verfahren bezeichnet werden, um mit den vorhandenen Spannungen im Preis- und Lohngefüge fertig zu werden.

Selbstverständlich stellt auch diese hinhaltende Taktik in der Preispolitik keine ideale Lösung dar und ist aus vielen Gründen unbefriedigend und, einzelwirtschaftlich gesehen, oftmals auch ungerecht (So

können u. a. aus zwingenden Gründen eine Reihe kostenverteuernder Faktoren, ebenso wie der im Laufe des Produktionsprozesses erfolgende Substanzverzehr gegenwärtig bei der Preisbildung nicht oder nicht in vollem Umfange berücksichtigt werden.) Das Einspielen richtiger Preisrelationen und die Wiedergewinnung eines neuen, wirtschaftlich relevanten Gleichgewichtes zwischen Preisen und Löhnen, das heißt also die Wiederherstellung der Rechenhaftigkeit der Wirtschaft als der tragenden Grundlage einer kontinuierlichen Produktionsentwicklung, werden jedenfalls erst nach Durchführung der Währungsordnung in einem längeren Anpassungsprozeß möglich sein.

In der Zwischenzeit jedoch, bis zu dem Augenblick nämlich, wo die Wirtschaft von der Last der Besatzungskosten befreit sein und wieder ein vernünftiges Geldsystem bestehen wird und die gesamte Wirtschaft wieder freier atmet und normaler funktioniert, hat die Preispolitik die Aufgabe, durch ein System von Aushilfen eine stürmische Aufwärtsbewegung der Preise mit ihren unabsehbaren Gefahren hintanzuhalten und dafür zu sorgen, daß der innere Zusammenhang der Wirtschaft nicht verloren geht und der Wiederaufbau mit einer wenn auch konstitutionell stark verbesserungsbedürftigen, im ganzen aber doch funktionsfähigen Wirtschaft beginnen kann.

Die *Preispolitik der Regierung* ist indessen keineswegs für ein starres Festhalten am derzeitigen Preis- und Lohnniveau. Sie ist vielmehr bereit, durch gesamtwirtschaftlich vertretbare Zugeständnisse sowohl die Produktionsfähigkeit zu erhalten und anzuregen als auch den gerechtfertigten Ansprüchen der Lohn- und Gehaltsempfänger Rechnung zu tragen. Die Preispolitik muß gleichzeitig aber darum bemüht sein, Preise und Löhne nicht über jenes Niveau steigen zu lassen, das im Interesse einer günstigen Stabilisierung unserer Währung wenigstens zunächst gehalten werden muß. Man kann sich leicht vorstellen, daß sich die für die kommende Währungsordnung verantwortlichen Männer heute schon sehr konkrete Vorstellungen über den Umfang des künftigen Notenumlaufes und darüber hinaus über das gesamte Geldvolumen machen und sich auch bereits über die künftigen optimalen Wechselkurse Gedanken machen. Es wäre mehr als bedauerlich und im Interesse unserer Gesamtwirtschaft in hohem Maße abträglich, wenn durch eine zu heftige Bewegung der Preise und Löhne dieses nach Abwägung aller Umstände optimale Währungskonzept illusorisch würde und damit das Gesetz des Handelns in dieser für uns alle lebenswichtigen Frage der Währung, der Preise und Löhne den Händen der österreichischen Regierung entglitte.

Ergänzung der bisherigen Richtlinien für die Preisbildung

Die oberste Preisbehörde im Innenministerium hat kürzlich die bestehenden Grundsätze für die Preisbildung dahingehend ergänzt, daß nunmehr Lohnerhöhungen, die zwischen Arbeitgebern und Arbeitern ver-

einbart und von der Zentralen Lohnkommission genehmigt worden sind, mit kleineren, nach dem Umfang der Lohnerhöhungen abgestuften Abzügen umgehend in die Preiskalkulationen übernommen werden dürfen. Durch die, wenn auch nicht automatisch, so doch weitgehend reibungslos erfolgende Umsetzung der Lohnerhöhungen auf die Preise, erhält die Preisbewegung zweifellos ein stark dynamisches Moment, das durch den Einbau eines Hemmschuhs in Form der erwähnten Abzüge nur teilweise gebremst wird. Der Erfolg dieser zweifellos sehr praktikablen Koppelung von Lohn- und Preiserhöhungen hängt weitgehend von dem gesamtwirtschaftlichen und *gesamtstaatlichen Verantwortungsbewußtsein* sowohl der Unternehmer- als auch der Arbeiterschaft bzw. der Gewerkschaften ab. Wohl bleibt die letzte Entscheidung für Lohnerhöhungen nach wie vor der Zentralen Lohnkommission vorbehalten. Man muß sich jedoch darüber im klaren sein, daß von der Zentralen Lohnkommission nur ein sehr schwacher Schutz gegen übertriebene Lohnerhöhungen erwartet werden kann, weil eine Einrichtung des Sozialministeriums, von dem die Arbeiter die Vertretung ihrer Interessen erwarten, auch bei größtem Verständnis für die ökonomischen Zusammenhänge nur sehr schwer in der Lage ist, Lohnerhöhungen zusammenzustrichen, die zwischen Arbeitgebern und Arbeitern einmal vereinbart worden sind.

Es ist jedoch kein untrüglicher Beweis für das Vorhandensein einer — an sich gewiß im höchsten Maße wünschenswert — sozialen Harmonie, wenn heute einzelne Unternehmer, die zufällig an Geschäften mit den Besatzungsmächten oder im Export gut verdienten, ihren Arbeitern unverhältnismäßig hohe Löhne zahlen, die gesamtwirtschaftlich absolut unvertretbar sind und alle vernünftigen Lohnrelationen sprengen müssen. Es liegt aber auch kein Grund für die Vertreter der Arbeiterschaft vor, auf solche Teilerfolge besonders stolz zu sein, die ihnen eine günstige Konstellation förmlich aufdrängte. Gesamtwirtschaftlich gesehen ist es jedenfalls untragbar, wenn Arbeiterkategorien in einzelnen Fertigungsgewerben, die in der Dringlichkeitsskala des Wiederaufbaus — unbeschadet ihrer Bedeutung in besseren Zeiten — weniger wichtig erscheinen, Löhne konzidiert erhalten, die den Arbeitern der unmittelbar lebenswichtigen Schlüsselindustrien, etwa den Bergarbeitern, den Holzfällern oder den Metallarbeitern, vorenthalten werden müssen, weil sonst das gesamte Lohn- und Preisgebäude über den Haufen geworfen würde.

Systemlosigkeit der bisherigen Preis- und Lohnerhöhungen

Die erste große Preis- und Lohnwelle, die in den letzten Monaten des vergangenen Jahres ausgelaufen ist, war weitgehend unregelt erfolgt. Die zeitliche Folge der Preis- und Lohnerhöhungen ergab sich mehr aus der Initiative der einzelnen Unternehmer und der Durchschlagskraft der Arbeitervertreter als nach dem organischen Aufbau und den Erfordernissen der Produktion. Es hat in den vergangenen Monaten nicht an Stimmen gefehlt, welche die erwartete zweite große Preis- und Lohn-

welle geregelt nach einem Konzept durchführen wollten, um vermeidbare Preis- und Lohnnachforderungen und den Wirtschaftsablauf störende Überschneidungen der Preis- und Lohnbewegungen zu verhindern. Wir befinden uns gegenwärtig in dieser zweiten Welle. Von einem Plan oder einem Konzept oder einer Systematik ist bisher jedoch nur wenig zu sehen, wenn man davon absieht, daß die bereits genehmigten Eisen- und Kohlenpreise durchaus sinnvoll am Beginn der neuen Preiserhöhungen stehen. Ich glaube, daß heute vor allem für die Gewerkschaften auf dem Gebiete der Löhne die Gelegenheit günstig wäre, die Theorie der planmäßigen Wirtschaftslenkung in der Praxis zu erproben und den Versuch zu unternehmen, heute bereits, wenigstens in den großen Linien, ein neues Lohngebäude zu konstruieren und damit nicht nur einen wichtigen Baustein für die angestrebte relative Stabilisierung der Preisbewegung, sondern zugleich auch einen konstruktiven Beitrag für die Neugestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse überhaupt zu leisten. Durch eine lohnmäßige Bevorzugung der ausgesprochenen Mangelberufe, wie z. B. der Berg- und Holzarbeiter, und umgekehrt durch eine geringere Berücksichtigung der übersetzten Berufe, wie z. B. der verschiedenen Angestelltentätigkeiten, könnte die Lohn- und Preispolitik heute bereits im Interesse des wirtschaftlichen Wiederaufbaus mit einer wirkungsvollen Lenkung der Arbeitskräfte verbunden werden.

Anderungsbedürftigkeit der Konstitution der österreichischen Wirtschaft

Wenn ich in diesem Vortrag mehimals davon sprach, daß die Ordnung unserer Währung eine wesentliche Voraussetzung für die Normalisierung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse und einer der stärksten Antriebe für die Steigerung der Produktion sei, so will ich damit nicht den Eindruck erwecken, daß die Ordnung der Währung an sich schon Wunder wirken werde und schlechthin der Schlüssel für die Überwindung aller vorhandenen Schwierigkeiten sei. Wohl sind geordnete Währungsverhältnisse eine wichtige Voraussetzung für die Normalisierung unserer Wirtschaft. Aber es ist nicht weniger zutreffend, daß umgekehrt auch nur auf der Grundlage einer gesunden, funktionsfähigen Wirtschaft eine dauernde Sanierung unserer Währung erwartet werden kann.

Bekanntlich war die Struktur unserer Wirtschaft bereits vor 1938 in hohem Maße verbesserungsbedürftig. Die damals bestandene *strukturelle Arbeitslosigkeit* war der Ausdruck einer ungesunden Konstitution der Wirtschaft und einer, man darf wohl hinzufügen, nicht immer glücklichen Wirtschaftspolitik.

Ich brauche in diesem Kreise nicht besonders zu erwähnen, daß unser industrieller Produktionsapparat heute *noch mehr disproportioniert, überaltert* und *rationalisierungsbedürftig* ist als vor acht Jahren.

Durch Kriegs- und Nachkriegseinwirkungen wurden in unseren industriellen Produktionsapparat Lücken gerissen, die sich auch unter

günstigen Voraussetzungen erst in einer Reihe von Jahren werden schließen lassen. Es wird bisweilen behauptet, daß wir heute über eine höhere industrielle Kapazität verfügen als im Jahre 1937. Das ist aber nur sehr bedingt richtig. Wir haben eine Anzahl von industriellen Torsos übernommen, die unter den Aspekten einer Großraumwirtschaft, ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der österreichischen Volkswirtschaft, errichtet wurden und für uns nur einen sehr relativen Wert besitzen. Dies gilt nicht nur für die Industrie, sondern auch für andere Zweige unserer Wirtschaft, wie z. B. für die Energiewirtschaft. Der eigenartige Widerspruch, daß wir heute, trotz einer gegenüber 1937 um fast 50 % gestiegenen Stromerzeugung unter einer schweren Stromkrise leiden, erklärt sich nicht zuletzt daraus, daß in den vergangenen Jahren beim Ausbau der österreichischen Wasserkräfte bewußt die Bedürfnisse einer selbständigen österreichischen Volkswirtschaft vernachlässigt wurden, die die Herstellung einer transversalen Verbindung zwischen den Stromüberschußgebieten des Westens und den großen Verbraucherzentren im Osten unseres Landes sowie die Errichtung von leistungsfähigen Winterspeichern erfordert hätten.

Eine schematische Summierung der zu Zeit vorhandenen industriellen Kapazitäten, die in ihren Größenverhältnissen vielfach disproportional und organisch unzusammenhängend sind, ergibt daher ein durchaus schiefes Bild von der wirklichen Leistungsfähigkeit unserer Industrie.

Wenn unsere Industrie auch im internationalen Maßstab leistungs- und wettbewerbsfähig werden will, wird sie *großzügig rationalisieren* müssen, wobei diese Rationalisierung, wenn sie nicht zu Fehlleitungen führen soll, *im Rahmen einer gesamtwirtschaftlichen Planung* erfolgen muß. Hierbei stellt sich aber sofort die Frage, für welchen Raum, für welche Absatzgrößen rationalisiert und geplant werden soll.

Die schicksalhafte Bedeutung des Außenhandels

Ich berühre hiermit die Frage unserer *künftigen Außenhandelsorientierung* und damit nicht nur eine Schicksalsfrage unserer Industrie, sondern unserer gesamten, in hohem Maße auslandsabhängigen Wirtschaft überhaupt. Österreich mußte auch vor dem Kriege in erheblichem Umfang Nahrungs- und Futtermittel, Brenn- und Rohstoffe sowie Produktionsmittel (neben Konsumartikeln aller Art für den gehobenen Bedarf) einführen. Österreich bezahlte insbesondere mit Fertigwaren (rund 66 % der Gesamtausfuhr) und einzelnen Rohstoffen und Halbwaren (rund 30 % der Gesamtausfuhr). Die Schwäche der österreichischen Außenhandelsposition lag einerseits in der hochgradigen Konjunktorempfindlichkeit seiner typischen Exportfertigungen, zum andern aber darin, daß Österreich selbst in den besseren Jahren vor 1938 nur in einigen Rohstoffen (wie Magnesit), wenigen Industrien und in seinen gewerblichen Spezialfertigungen, insbesondere auf modischem und kunstgewerblichem Gebiete, international

wirklich leistungsfähig war. Daneben spielte auch der Fremdenverkehr eine hervorragende Rolle, aus dessen Einnahmen z. B. im Jahre 1937 (schätzungsweise 150 Mill. Schilling) mehr als 60% des Außenhandelspassivums abgetragen werden konnten. Der wirtschaftliche Schrumpfungsprozeß, den Österreich lange vor 1938 erlebte und der in einem riesigen Arbeitslosenheer sichtbaren Ausdruck fand, ist ein überzeugender Beweis, daß Österreichs Außenhandelsbasis offenbar zu schmal und vor allem auch zu unsicher war. Es darf auch nicht übersehen werden, daß in den typischen Exportzweigen, unbeschadet ihrer gesamtwirtschaftlichen Bedeutung, doch nur ein verhältnismäßig kleiner Bruchteil der Arbeiter beschäftigt war. So entfiel im Jahre 1937 auf die Lederindustrie, die ihre Erzeugnisse zu rund 70% exportierte, nur wenig mehr als ein halbes Prozent der Gesamtarbeiterschaft. Rund 70% aller Arbeiter waren in Erwerbszweigen tätig, die zu 85% bis 95% ausschließlich für den Inlandsmarkt arbeiteten. Die wichtigen Zweige der Eisen- und Metallindustrie und der Textilindustrie, die mit 40%, bzw. 30% relativ stärker exportorientiert waren, wiesen neben dem Baugewerbe die höchsten Arbeitslosenziffern auf.

War also bereits vor 1938 die Außenhandelsituation Österreichs wenig günstig, so sind seither neue Erschwernisse und Hemmungen hinzugekommen. Unsere Industrie ist heute, von wenigen Ausnahmen abgesehen, noch rückständiger als vor 1938. Während einige Länder, mit denen wir auf den Weltmärkten konkurrieren, während des Krieges ihren industriellen Apparat modernisieren und auf höchste Leistungsfähigkeit bringen konnten und andere Länder wenigstens gleich nach Kriegsende mit aller Kraft mit ihrem inneren Wiederaufbau beginnen und sich unverzüglich in die günstige Nachkriegskonjunktur einschalten konnten und sich heute bereits neue Absatzmärkte und Bezugsmöglichkeiten gesichert haben, führt Österreichs Industrie einen verzweifelten Kampf gegen ihren vollständigen Zusammenbruch. Waren wir bereits vor dem Kriege zurückgeblieben und haben wir während des Krieges noch weiter Terrain verloren, so scheinen wir heute, im Hinblick auf die Zukunft, fast hoffnungslos aus dem Felde geschlagen.

Wenn ich die gegenwärtige Situation und die Zukunftsaussichten in wenig günstigem Lichte darstellte, so will ich damit keineswegs den Pessimisten recht geben oder gar die Lebensfähigkeit unserer Industrie oder unseres Staates in Zweifel ziehen. Ich bin nur der Überzeugung, daß wir mit den vorhandenen Schwierigkeiten nur fertig werden können, wenn wir vorurteilsfrei neue Wege beschreiten. Bei einer Wiederaufnahme der alten traditionellen Außenhandelspolitik, wie sie in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg bis zur Okkupation betrieben wurde, sind die Chancen für unsere Industrie gering. Unsere Industrie würde, als Ganzes genommen, mit den alten Rezepten der Hochschutzzölle und der Meistbegünstigung nicht in der Lage sein, ihre Rückständigkeit zu überwinden. Sie würde verurteilt sein, ein kümmerliches Leben zu fristen, ohne Aussicht, jemals aus einer Dauerkrise herauszukommen.

Ich bin indessen davon überzeugt, daß eine Außenhandelspolitik, die sich von allen politischen und weltanschaulichen Ressentiments freimacht und unbeirrt nur die Lebensinteressen des Volkes im Auge hat, einen konstruktiven Ausweg aus dem Dilemma finden kann. Worauf kommt es bei nüchterner Betrachtung der Dinge an?

Österreich muß zunächst, wenn es einen Platz unter den fortschrittlichen Industriestaaten einnehmen will, seinen veralteten und destruierten Industrie- und ramponierten Verkehrsapparat gründlich überholen, d. h., es braucht in erheblichem Umfange Kapitalinvestitionen. Der Zwang zur technischen und organisatorischen Rationalisierung ergibt sich nicht nur aus der Forderung einer optimalen Versorgung der heimischen Bevölkerung, sondern vor allem auch aus der Notwendigkeit, die erforderlichen Exportgüter für die Bezahlung der lebensnotwendigen Einfuhren bereit zu stellen.

Österreich muß jedoch gleichzeitig mit der Stärkung seines Industriepotentials auch die Möglichkeit finden, seine Exportüberschüsse sicher, ohne die Gefahr krisenhafter Rückschläge, gegen die notwendigen Einfuhren an Nahrungs- und Futtermitteln sowie Brenn- und Rohstoffen einzutauschen zu können.

Es liegt auf der Hand, daß die industrielle Ausrüstung Österreichs nur von den kapitalstarken und industriell leistungsfähigen Staaten des Westens, in erster Linie von den Vereinigten Staaten von Amerika, aber teilweise auch von Großbritannien, der Schweiz u. a. erwartet werden kann. Es ist aber nicht weniger sicher, daß die zweite Forderung nur durch eine enge Zusammenarbeit mit den benachbarten Staaten des Donauraumes (einschließlich Polens und der Sowjetunion) erfüllt werden kann. Eine solche Zusammenarbeit dürfte sich nicht auf die bisher üblichen handelsvertraglichen Abmachungen beschränken, sondern auch die Absprache und eine Aufeinanderabstimmung der nationalen Produktionsprogramme, die Sicherung der Rohstoffbezüge und Absatzmöglichkeiten usw. einschließen. Österreich könnte von seinen südöstlichen und östlichen Nachbarn die zu seinem Leben zusätzlich notwendigen Nahrungsmittel, Futtermittel und Rohstoffe erhalten und dafür seinerseits einen erheblichen Teil seiner industriellen Produktionskapazität in den Dienst der Erschließung der nationalen Volkswirtschaften dieser Länder stellen. Während — abgesehen von der Sowjetunion — die einzelnen Länder dieses Raumes auf sich selbst gestellt, durch die Unausgeglichenheit und verhältnismäßig geringe Widerstandskraft ihrer Wirtschaftsstruktur allen Wechselfällen der Konjunktur preisgegeben sind, würden sie auf der Grundlage einer langfristig gesicherten Zusammenarbeit die Möglichkeit finden, ohne die Gefahr krisenhafter Rückschläge ihre nationalen Hilfsquellen zu erschließen und den Lebensstandard ihrer Völker allmählich zu heben.

Österreich hat die Chance, nicht nur im geopolitischen, sondern auch im kommerziellen Sinne die Brücke zwischen der westlichen Welt und

dem europäischen Südosten zu werden. Mehrere Gründe sprechen dafür, daß sich das westliche Kapital nur in geringem Umfange unmittelbar an der Erschließung des Südostraumes wird beteiligen können. Die jungen, zum nationalen Selbstbewußtsein erwachten Südoststaaten scheinen nicht bereit zu sein, ihre wertvollsten wirtschaftlichen Objekte den ausländischen Kapitalmächten auszuliefern bzw. zu verpfänden. Darüber hinaus aber haben die Südostländer in ihrem derzeitigen Entwicklungsstand den ungleich reicheren und leistungsfähigeren westlichen Ländern kaum etwas zu bieten. Dagegen erhielten die Westmächte über den österreichischen Geschäftspartner die Möglichkeit, mittelbar an der Entwicklung der Südostländer und damit in weiterer Perspektive an der Einbeziehung dieser Länder in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung mitzuwirken.

Von einer solchen Entwicklung zögen nicht zuletzt auch die hochentwickelten westlichen Länder Nutzen. Es besteht kein Zweifel, daß eine vollbeschäftigte und krisenfeste österreichische Wirtschaft ohne Schwierigkeiten in der Lage wäre, die gewährten Kredite pünktlichst zurückzuzahlen, und zwar nicht nur in Form seiner modischen und hochwertigen Spezialerzeugnisse. Sobald Österreichs Industriekapazität nicht mehr bloß auf einen Markt von 7 Mill. Menschen zugeschnitten sein muß, sondern für einen viel breiteren Markt arbeiten kann, wird Österreich den Westmächten auch in anderen Zweigen etwas zu bieten haben. Vor allem aber besitzt Österreich alle Voraussetzungen, in noch höherem Maße wie bisher ein Paradies des internationalen devisenbringenden Fremdenverkehrs zu werden. In einem wirtschaftlich gesunden und lebensfrohen Österreich werden auch Künste und Wissenschaften wieder blühen und unser Land wird nicht nur dank seiner landschaftlichen Schönheit, sondern auch wegen der geistigen und kulturellen Schöpfungen seiner Menschen ein Anziehungspunkt für die Welt sein.

Natürlich wird Österreich, unbeschadet seiner engen Kooperation mit den Ländern des Donaupraumes, nach wie vor auch mit seinen bisherigen Wirtschaftspartnern, insbesondere in der Sphäre eines gehobenen Bedarfes, allein schon im Interesse der Wahrung und Hebung seines Lebensniveaus, Handel treiben. Dabei könnte Österreich in Zukunft vor allem auch mit den Ländern des Vorderen Orients, die während des Krieges einen bemerkenswerten wirtschaftlichen Aufschwung genommen haben und mehr und mehr bestrebt sind, ihren Handel selbst in die Hand zu nehmen, fruchtbare wirtschaftliche Verbindungen anknüpfen.

Ich verkenne die Schwierigkeiten nicht, die der Verwirklichung der hier skizzierten Außenhandelspolitik im Wege stehen. Ich bin aber davon überzeugt, daß es einer Wirtschaftspolitik, die sich von allen weltanschaulich verbrämten Ideologien freimacht und nur das Optimum an Lebensförderung und Lebenssicherung des Volkes im Auge hat, gelingen wird, alle Widerstände zu überwinden. Auch für unsere Freunde im Westen, mit denen uns nicht nur wirtschaftliche, sondern vor allem auch geistig-kulturelle Bande verknüpfen, wird Österreich nur an Wert

gewinnen, wenn unser Land die Fähigkeit und Entschlossenheit beweist, aus eigener Kraft einen Ausweg aus seinen Schwierigkeiten zu finden und seine Lebensgrundlagen zu sichern.

Ich habe in meinem Vortrag nur einige der wichtigsten Probleme unserer Wirtschaftspolitik behandeln und viele Fragen nur am Rande berühren können. Zahlreiche Aufgaben, die heute vordringlich erscheinen, wie die Probleme der Bewirtschaftung oder der amtlichen Preisbildung und Preiskontrolle werden mit der Überwindung des gegenwärtigen wirtschaftlichen Notstandes an Bedeutung wieder verlieren. Dagegen werden andere Probleme, die für die künftige Konstitution und für den künftigen Weg unserer Wirtschaft bestimmend sind, weit über den Tag hinaus Schicksalsfragen unseres Volkes bleiben.

Die Notwendigkeit einer *Planung und Lenkung der Wirtschaft* wird heute auch von den überzeugten Anhängern einer freien Wirtschaft nicht bestritten. Eine Politik des „laissez faire“ wäre unter den gegebenen Verhältnissen in Österreich der sicherste Weg, die Idee der freien Wirtschaft endgültig zu diskreditieren, wie allerdings umgekehrt auch die Wirtschaftsplanung sicher abwirtschaften und sich schwerstens kompromittieren würde, wenn sie in die Hand einer doktrinären Orthodoxie geriete.

Für die Entscheidung, ob und in welchem Umfange geplant und gelenkt oder der freien Wirtschaft der Vorzug gegeben werden soll, sollten einzig und allein Gesichtspunkte der höheren Produktivität, der besseren Ausnützung der vorhandenen Produktionsverfahren sowie die größere Zweckmäßigkeit der Verteilung des Sozialproduktes den Ausschlag geben.

Staatsapparat und Wirtschaftslenkung

Wir erleben heute den eigenartigen Widerspruch zwischen den Funktionen des Staates, zwischen der überwältigenden Fülle neuartiger Aufgaben, die an den Staat herangetragen werden, und der Unzulänglichkeit des vorhandenen Staatsapparates, mit diesen Aufgaben fertig zu werden. Wenn wir jedoch bedenken, welchen unerhörten Funktionswandel der Staat innerhalb einer geschichtlich verhältnismäßig kurzen Zeitspanne in seiner Entwicklung vom sogenannten Nachwächterstaat der liberalen Ära zum heutigen Sozial- und Wohlfahrtsstaat durchgemacht hat, so erscheint es nicht verwunderlich, daß die in ihrem Wesen unvermeidlich konservative staatliche Bürokratie, die selbst an den Aufgaben einer völlig anderen Zeitepoche herangewachsen ist, mit dieser Entwicklung nicht immer Schritt halten konnte. Heute, wo der Staat im Begriffe steht, einen wesentlichen Teil unserer Wirtschaft, darunter wichtige Schlüsselindustrien und die größten Banken, in seine Hoheitsverwaltung oder teilweise sogar in eigene Regie zu übernehmen, und die staatlichen

Funktionäre genötigt sind, täglich und stündlich hundert- und tausendfache wichtige Entscheidungen zu treffen, erweist sich der alte bürokratische Apparat sowohl in seiner schwerfälligen Arbeitsweise als teilweise auch in seiner personellen Zusammensetzung vielfach als ungeeignet, mit den gestellten Aufgaben fertig zu werden. Ich verkenne dabei keineswegs, daß die Verwaltungstätigkeit heute objektiv durch eine Reihe widriger Umstände außerordentlich erschwert wird.

Die Betriebsamkeit in der Bildung von Planungskomitees, Planungsausschüssen, Planungsbeiräten usw. kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir bis heute noch kein brauchbares staatliches Planungs- und Lenkungsinstrument besitzen. Die neugeschaffenen Organe der Wirtschaftsplanung und Wirtschaftslenkung werden nur dann Leben gewinnen, wenn sie aus den Notwendigkeiten des Lebens selbst geboren werden und nicht bloß taktische Konstruktionen der Parteien darstellen, und wenn bei der Besetzung der leitenden Posten in der Wirtschaft ausschließlich sachliches Wissen und Können ausschlaggebend ist.

Die Bestimmung Österreichs im Herzen Europas

Unser Land liegt im Spannungsfeld weltpolitischer und welthistorischer Kraftströme, es ist geopolitisch der Schnittpunkt zweier Welten, zweier Prinzipien, die Welt anzuschauen. Österreich ist die Brücke zwischen Osten und Westen, ein Land des fließenden Überganges verschiedener Kulturen. Unser kleines Land mag weltpolitisch nicht zählen. Trotzdem glaube ich, daß Österreich auf Grund seiner schicksalhaft tragischen oder schicksalhaft glücklichen Lage im Herzen Europas eine wichtige Aufgabe in unserer bewegten Zeit zu erfüllen hat, nämlich einen konstruktiven Mittelweg, eine glückliche Synthese zu finden zwischen den polaren Wirtschaftsauffassungen der freien Wirtschaft und der totalen Planwirtschaft. Österreich würde damit der Welt ein neues Beispiel von der schöpferischen Begabung seiner Menschen geben.

Veröffentlichungen des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Jahre 1946

Monatsberichte XIX. Jahrgang

- Nr. 1—6 „Die wirtschaftliche Lage Österreichs am Ende des ersten Nachkriegsjahres“ (Halbjahresband, 112 Seiten stark, 17 Schaubilder und 67 statistische Tabellen).
- Nr. 7—9 „Österreichs wirtschaftliche Lage 18 Monate nach Kriegsende“ (Vierteljahresband, 54 Seiten stark, 13 Schaubilder und 52 statistische Tabellen)
- Nr. 10—12 „Die wirtschaftliche Lage Österreichs im vierten Quartal 1946“ (Vierteljahresband, abgeschlossen am 31. Dezember 1946; erscheint im Februar 1947).

Die *Monatsberichte* vermitteln ein anschauliches Bild über die Lage und die Hauptprobleme der österreichischen Wirtschaft auf dem Gebiete der Währung, des Geld- und Kapitalmarktes, des Staatshaushaltes, der Preise, der Löhne und Lebenshaltungskosten, der Bewirtschaftung, der Arbeitslage, der Ernährung, der Landwirtschaft, der gewerblichen Produktion, des Verkehrs und des Außenhandels. Tabellenanhänge bringen wichtige Wirtschaftszahlen Österreichs von 1923 bis zur Gegenwart.

Durch den Ausbau der österreichischen Produktionsstatistik wird das Institut im Jahre 1947 in der Lage sein, die Ergebnisse der industriellen Produktion in den einzelnen Bundesländern nach einheitlichen Gesichtspunkten zusammenzufassen und laufend in seinen Monatsberichten zu veröffentlichen.

Die mit statistischem Material und Schaubildern reich ausgestatteten Berichte sind vor allem auch für den Wirtschaftspraktiker ein wertvoller Orientierungsbefehl und ein unentbehrliches Nachschlagewerk

Veröffentlichungen des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Jahre 1946

Sonderhefte

Nr. 2 *Die Energiegrundlagen der österreichischen Wirtschaft*

Nr. 3 *Der Wiener Wohnungsbedarf und die Wohnbaufinanzierung.*

In den *Sonderheften* werden vornehmlich Untersuchungen über die Grundlagen und strukturbestimmenden Faktoren der österreichischen Wirtschaft angestellt sowie Hauptprobleme des wirtschaftlichen Wiederaufbaues behandelt

Wirtschaftskarte Kraftwerke und Verbundnetz in Österreich
Stand 1946, mit Legende; Maßstab 1 : 750 000

In Buchform erschien

Der Internationale Währungsfonds und die Internationale Bank für Wiederaufbau und Wirtschaftsförderung.

Das Abkommen von Bretton Woods im englischen Originaltext mit deutscher Übersetzung und Kommentar, Wien 1946, Verlag Ringbuchhandlung, A. Sexl

**Im Jahre 1947 bringt das Institut
zwei neue Schriftenreihen heraus:**

- 1 *Monatliche Indexpzahlen* der Lebenshaltungskosten (in entwicklungs-mäßiger Darstellung und aufgegliedert nach Verbrauchergruppen und Waren) und Löhne (Tariflöhne und Verdienste), Aufwandsberechnungen für die Lebenshaltung auf Grund der Zuteilungen u. a.
- 2 In zwangloser Folge die Heftreihe *Vorträge und Aufsätze* über wirtschaftspolitische und wirtschaftstheoretische Probleme

ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

„Vorträge und Aufsätze“

Bereits erschienen.

- Heft 1** Dr. Franz Nemschak: Hauptprobleme der österreichischen Wirtschaftspolitik mit besonderer Berücksichtigung der Preis- und Lohnfrage. (Vortrag)

Im Druck:

- Heft 2** Dr. Rolf Grünwald: Zur Methodik der Wirtschaftsplanung.

In Vorbereitung:

- Heft 3** Dr. Josef Steindl: Zur Problematik des Außenhandels und der Vollbeschäftigung in Österreich. (Zwei Vorträge)
- Heft 4** Prof. Dr. F. A. Hayek: Nachfrage und Beschäftigungsgrad, ein Beitrag zum Problem der Vollbeschäftigung in der freien und in der gelenkten Wirtschaft (Zwei Vorträge)



